

## Protokoll

Gremium: Haushalts- und Personalausschuss

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 29.08.2024  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 16:31 Uhr  
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal, Raum 191

### Anwesend:

#### stellv. Vorsitzende/r

Frau Susanne Lamers

#### Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann

Herr Heino Hots

Vertretung für KA Nacke

Herr Jan Hullmann

Vertretung für KA Lukoschus

Herr Georg Köster

Herr Rüdiger Kramer

Herr Torsten Kuck

Frau Susanne Miks

Vertretung für KA Erhardt

Herr Frank Oeltjen

Herr Hartmut Orth

Herr Stefan Pfeiffer

Herr Lars Schmidt-Berg

Herr Dr. Peter Wengelowski

#### von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Kreisrat Ingo Rabe

Herr Kreisrat Dr. Thomas Jürgens

Herr Ltd. Kreisverwaltungsleiter Ralf Denker

Frau Anja Kleinschmidt, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Kreisverwaltungsoberrätin Ute Fastje

Herr Kreisverwaltungsoberrat Peter Hullen

#### Protokollführerin

Frau Annemarie Schröder

### Abwesend:

Herr Jens Nacke

Herr Hergen Erhardt

Frau Beate Logemann

Herr Frank Lukoschus

Herr Frerk Schmidt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haushalts- und Personalausschusses am 23.05. und 31.07.2024
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Haushaltsvollzug 2024, Entwicklung des Haushaltes 2024  
Vorlage: MV/158/2024
- 7 Haushaltskonsolidierung; Vorschläge der Arbeitsgruppe  
Vorlage: BV/292/2024
- 8 Kreismusikschule Ammerland e. V.; Zuschussbegrenzung und Weisungsbeschluss an die Mitglieder in der Mitgliederversammlung der Kreismusikschule Ammerland e. V.  
Vorlage: BV/295/2024
- 9 Mitteilungen der Landrätin
- 10 Anfragen und Hinweise
- 11 Einwohnerfragestunde
- 12 Schließung der öffentlichen Sitzung

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Stellv. Vorsitzende Lamers eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Haushalts- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Stellv. Vors. Lamers stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

### **Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haushalts- und Personalausschusses am 23.05. und 31.07.2024**

Gegen die vorgenannten Niederschriften werden keine Einwendungen erhoben; sie werden einstimmig genehmigt.

### **Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **Zu TOP 6 Haushaltsvollzug 2024, Entwicklung des Haushaltes 2024 Vorlage: MV/158/2024**

KVOR Hullen trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er führt aus, dass die Plandaten im Rahmen des Haushaltsvollzuges fortgeschrieben worden seien. Er geht insbesondere auf die zusätzlichen Einnahmen im Bereich des SGB II ein und teilt mit, dass der Bund zusätzliche Mittel für die Vertriebenen aus der Ukraine erstatten werde. Genaue Ergebnisse aus dem Verteilschlüssel würden noch nicht vorliegen und er rechne anhand der Daten aus dem Vorjahr mit einem Erstattungsbetrag von rd. 1 Mio. Euro.

KVOR Hullen geht im Weiteren auf die Veränderungen im Haushalt des Landkreises Ammerland ein. Die Hochrechnung der Sozialaufwendungen mache deutlich, dass die Mittel im Sozialhaushalt nicht ausreichen werden. Im Etat des Jobcenters gebe es ebenfalls Kostenzuwächse und wahrscheinlich werden Mittelüberschreitungen zum Ende des Jahres eintreten. Die weitere Haushaltsentwicklung müsse beobachtet werden. KVOR Hullen weist darauf hin, dass die Aufwendungen im Bereich des SGB II bis auf die Unterkunftskosten vom Bund zu 100 % erstattet werden und bei der KdU seien Kostenerstattungen von 70 % zu erwarten. Insofern sei im Wesentlichen eine Kompensation möglich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung seien

Verbesserungen im Haushalt 2024 in Höhe von 1,38 Mio. Euro vorgesehen. Im Bereich der Gebührenerhebung des Landkreises Ammerland sei zum jetzigen Zeitpunkt mit Mehrerträgen in Höhe von 0,5 Mio. Euro zu rechnen und im Bereich des Jugendamtes seien durch Kostenerstattungen von Kommunen höhere Erträge in Höhe von rd. 2 Mio. Euro zu erwarten. Des Weiteren würden die geplanten Kosten für den Personalaufwand in Höhe von 44,8 Mio. Euro um voraussichtlich bis zu 1 Mio. Euro unterschritten. Eine Prognoseberechnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt weise ein Defizit zwischen - 6 Mio. Euro bis -10 Mio. Euro aus.

KVOR Hullen geht in seinen weiteren Ausführungen auf die Planungen zum Haushaltsjahr 2025 ein. Das neuste Planergebnis weise für das Jahr 2025 zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Minus in Höhe von 11,7 Mio. Euro aus. Es würden noch einige Daten aus den noch ausstehenden Fachausschüssen fehlen. Unter anderem werden höhere Mehraufwendungen aufgrund von Neuausschreibungen für den ÖPNV eingeplant werden müssen. Es müsse in der Finanzplanung bis zum Jahr 2028 mit jährlichen Fehlbedarfen in Höhe von bis zu 14 Mio. Euro ausgegangen werden.

KVOR Hullen macht in seinen weiteren Ausführungen deutlich, dass leider hohe Fehlbedarfe für 2025 ff. ausgewiesen werden müssen. Es werde zwar aufgrund der guten Gewerbesteuern eine höhere Kreisumlage von den Gemeinden und der Stadt Westerstede erwartet. Dagege gehalten werden müssen aber geringere Schlüsselzuweisungen. Insgesamt werde es nicht mehr zu großen Verbesserungen im Haushalt des Landkreises Ammerland mit Blick auf die Jahre 2025 ff. kommen. Zudem müsse aufgrund der Liquiditätsentwicklung und den Investitionsplanungen für das Jahr 2027 mit einer Kreditaufnahme in Höhe von 3,9 Mio. Euro und für das Jahr 2028 in Höhe von 6 Mio. Euro gerechnet werden. Darin seien aber noch nicht die Investitionsausgaben für die Förderschule enthalten.

KA Hots führt aus, dass er gehört habe, dass die Gebühreneinnahmen für Baugenehmigungen mehr geworden seien. Er fragt nach, ob im Ammerland mehr gebaut werde. Er gehe nicht davon aus, dass der Landkreis die Gebühren erhöht habe.

KVOR Hullen bestätigt, dass mehr gebaut werde. Insbesondere Großbauprojekte und der Bau von Windenergieanlagen hätten zu den Mehreinnahmen geführt.

KR Dr. Jürgens führt ergänzend aus, dass zwar der Bau von Einfamilienhäusern zurückgegangen sei; Mehrfamilienhäuser mit Miet- oder Eigentumswohnungen würden hingegen nach wie vor errichtet. Der Bau von Windkraftanlagen sei mit hohen Errichtungskosten verbunden und entsprechend seien die Baugenehmigungsgebühren relativ hoch.

KA Köster geht auf seine Ausführung in der letzten Sitzung des Haushalts- und Personalausschusses ein, bei dem er mit Verbesserungen im Haushalt durch den Haushaltsvollzug gerechnet habe. Er habe dem Bericht von KVOR Hullen entnommen, dass mit einem Defizit in Höhe von 6 Mio. Euro im Haushaltsvollzug kalkuliert werden müsse.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 7    Haushaltskonsolidierung; Vorschläge der Arbeitsgruppe  
Vorlage: BV/292/2024**

EKR Kappelmann verweist zur Haushaltskonsolidierung auf die Vorlage und seine Ausführungen und die Beratungen aus der nicht öffentlichen Sitzung am 31. Juli. Die einzelnen Vorschläge aus den Beratungen der Arbeitsgruppe seien umfassend in der Arbeitsgruppe diskutiert und die Ergebnisse seien mitgeteilt worden. Es sei wichtig gewesen, sich so frühzeitig mit der Haushaltskonsolidierung zu befassen. In allen kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede beschäftige man sich ebenfalls mit den Ergebnishaushalten. Insofern sei der Landkreis als gutes Beispiel vorangegangen. Er dankt den Mitgliedern des Arbeitskreises für die jederzeit sachgerechte und kollegiale Diskussion, die zu guten Ergebnissen geführt habe. Die Ergebnisse können auch in der Öffentlichkeit vertreten und begründet werden. Er weist darauf hin, dass man sich in den nächsten Jahren weiterhin mit der Haushaltskonsolidierung befassen müsse.

KA Köster bestätigt, dass die Arbeitsgruppe sehr gut gearbeitet habe und man die Ergebnisse akzeptieren könne. Einzig die Kürzung der 100.000 € für den Bereich Klimaschutz werde die Fraktion B90/Die Grünen nicht unterstützen. Des Weiteren habe man Bedenken bei den Einsparungen zum Radverkehrskonzept. Die meisten Maßnahmen seien wirtschaftlich und der Landkreis habe lange Zeit seine festgesetzten Ziele erreicht. Es sei davon auszugehen, dass die Ziele zu gegebener Zeit auch wieder erreicht werden können.

KA Köster beantragt, die 100.000 € für den Klimaschutz nicht zu kürzen, sondern beizubehalten.

KA Köster führt weiter aus, dass man sich überwiegend mit freiwilligen Leistungen beschäftigt habe. Er sei der Meinung, dass geboten sei, Abläufe bei den Pflichtaufgaben zu überprüfen und Vorschläge zu Einsparungen zu erarbeiten und vorzulegen. Als Beispiel führt er den Erlass vom Bund zum Katastrophenschutz an, der wieder zurückgenommen worden sei. Er ist der Meinung, dass man darauf reagieren könnte.

EKR Kappelmann bestätigt, dass der Landkreis sich mit den Strukturen bei den Pflichtaufgaben beschäftigen müsse und dies zum Teil auch schon umsetze. Man sei zum Beispiel in sehr intensivem Austausch mit dem Land, um aus Sicht der Kreisverwaltung unsinnige Vorschriften und Ermittlungsaufwand bei den Eingliederungshilfen zu begrenzen. Dem Land werde vorgeschlagen, diese auf das notwendige Maß zu beschränken, um Arbeitsabläufe verschlanken zu können. Es gebe des Weiteren zurzeit intensive Streitgespräche zur finanziellen Ausstattung der Veterinärverwaltung. Der Landkreis Ammerland werde, wie alle niedersächsischen Landkreise, die Zusammenarbeit mit dem LAVES und den Dienststellen des Landes vorläufig einstellen. Insgesamt stehe man mit den Spitzenverbänden im Austausch, um notwendige Kostenerstattungen einzufordern. Des Weiteren sei man ständig bemüht, die Verwaltungsstrukturen der Kreisverwaltung zu optimieren.

KA Orth führt aus, dass er es grundsätzlich für richtig halte, wie der Kreistag in den letzten Wochen mit der Kreisverwaltung zusammengearbeitet habe. Man sei wertschätzend miteinander umgegangen. Die Verwaltung habe immer offen kommuni-

ziert. Insbesondere die Stellenmehrung sei offen angesprochen und überprüft worden. Der Landkreis, aber auch die Gemeinden/Stadt werden sich in den nächsten Jahren mit Einsparungen, insbesondere gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, beschäftigen müssen. Man müsse sich intensiv damit beschäftigen, welche Maßnahmen sinnvoll seien und welche Maßnahmen hinten angestellt werden können. Insbesondere müsse der Bereich ÖPNV flächendeckend in die Betrachtung genommen werden.

KA Orth ist der Meinung, dass sich die Arbeit des Kreistags gemeinsam mit der Kreisverwaltung bewährt habe. Es müsse darauf geachtet werden, dass kein Keil zwischen die gemeinsame Arbeit getrieben werde. Die Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushalt des Landkreises seien ein erster kleiner Schritt. Jeder müsse aber die Botschaft verstehen können und er gehe davon aus, dass die Bevölkerung Verständnis habe.

KA Orth geht auf einen NWZ-Artikel mit dem Titel „Wie können Kommunen schuldenfrei werden“ ein, den er aufmerksam gelesen habe. Er habe dem Artikel keine relevanten Aussagen entnehmen können und den Artikel auch nicht verstanden. Leider werde der Bürger eine andere Auffassung haben.

KA Orth dankt abschließend nochmal für die gute Zusammenarbeit.

Stellv. Vors. Lamers weist auf das Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 31. Juli hin und insbesondere auf den Änderungsantrag zur Aufrechterhaltung des Förderbetrages zum Klimaschutz der Fraktion B90/Die Grünen. Einvernehmlich sei beschlossen worden, dass das Thema ÖPNV zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss eingebracht werde.

Stellv. Vors. Lamers fragt KA Köster, ob er den Antrag zur Beibehaltung des Förderbetrages zum Klimaschutz aufrechterhalten wolle.

KA Köster antwortet, dass er den Antrag verbindlich stelle und bittet darum, darüber abzustimmen.

KA Kramer weist darauf hin, dass dem Arbeitskreis bewusst gewesen sei, dass für den Klimaschutz 250.000 € vorgesehen gewesen seien. Es sei immer darauf hingewiesen worden, dass zusätzlich in den Klimaschutz investiert werden solle, wenn zusätzlich Mittel zur Verfügung stünden. Man wolle versuchen, Klimaschutz mit den gekürzten Mitteln in Höhe von 250.000 € zu betreiben. Sollte an anderer Stelle Geld übrig sei, könne dies in den Klimaschutz zusätzlich investiert werden.

Stellv. Vors. Lamers lässt über den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zur Beibehaltung der bisherigen Finanzmittel für den Klimaschutz abstimmen.

Der Antrag wird bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Die in der Vorlage enthaltenen Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung des Haushaltsjahres 2024 im Umfang von 1,38 Mio. € werden umgesetzt.

Für die Haushaltsplanung 2025 werden die aufgeführten einmaligen und laufenden Konsolidierungsmaßnahmen für eine Einplanung in den Haushaltsplan 2025 sowie in die Finanzplanung ab 2026 vorgeschlagen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, den Vertreterinnen und Vertretern des Landkreises in den jeweiligen Entscheidungsgremien der Beteiligungen die Weisung zu erteilen, sich für entsprechende Maßnahmen einzusetzen.

**Zu TOP 8 Kreismusikschule Ammerland e. V.;**  
**Zuschussbegrenzung und Weisungsbeschluss an die Mitglieder in der**  
**Mitgliederversammlung der Kreismusikschule Ammerland e. V.**  
**Vorlage: BV/295/2024**

EKR Kappelmann trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er führt aus, dass es sich um einen ersten Weisungsbeschluss handle, der sich aus den Beratungen des Arbeitskreises zur Haushaltskonsolidierung ergeben habe. Es sei erarbeitet worden, dass sowohl für die Kreismusikschule als auch für den EWE-Verband und den Sparkassenzweckverband für die entsandten Vertreter in den jeweiligen Beschlussgremien Weisungsbeschlüsse gefasst werden sollen. Hintergrund für die Kreismusikschule sei die Begrenzung des Defizit- und Zuschussbetrages. Für die beiden weiteren Beteiligungen sei vorgesehen, eine höhere bzw. erstmalige Dividendenausschüttung einzufordern. Für die Kreismusikschule solle bereits in der heutigen Sitzung ein Beschluss gefasst werden, damit eine Beschlussfassung im Kreisausschuss am 4. September und im Kreistag am 2. Oktober erfolgen könne, um in der Mitgliederversammlung der Kreismusikschule im November entsprechend handeln zu können. Der Weisungsbeschluss sei für die Ausgestaltung des Wirtschaftsplanes notwendig. Die Weisungsbeschlüsse für den EWE-Verband und den Sparkassenzweckverband werden in den Haushaltsberatungen des Haushalts- und Personalausschusses im November einfließen.

EKR Kappelmann weist darauf hin, dass der aufgenommene Defizitbetrag für die Kreismusikschule mit dem zuständigen Fachdezernenten Denker und der Amtsleiterin des Sport- und Kulturamtes Miotk erarbeitet und abgesprochen worden sei. Man habe sich auf einen Zuschussbedarf in Höhe von 520.000 € geeinigt. Die Kreisverwaltung habe damit eine Zuschussgrenze erreicht, die von der Kreismusikschule zukünftig eingehalten werden solle.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Vertreter des Landkreises in der Mitgliederversammlung der Kreismusikschule e. V. werden angewiesen, bei den Beratungen für den Wirtschaftsplan des Jahres 2025 sowie die Folgejahre auf eine Begrenzung des vom Landkreis zu tragenden Anteils am Jahresdefizit in Höhe von maximal 520.000 € hinzuwirken.

**Zu TOP 9 Mitteilungen der Landrätin**

LR Harms teilt mit, dass in der letzten Woche eine Landräteklausur stattgefunden habe. Ein Thema sei der Rückzug aus dem Veterinärbereich in Zusammenhang mit dem Land gewesen. Neben anderen Themen sei von allen Landräten die Konnexität

in verschiedenen Bereichen wie Wohngeld, Ganztagschulen etc. eingefordert worden. Der immer weiter steigende finanzielle Bereich belastete die Zusammenarbeit zwischen den kreisangehörigen Gemeinden und den Landkreisen. Man stehe in engem Austausch mit dem Land, um Lösungen erzielen zu können.

**Zu TOP 10 Anfragen und Hinweise**

Keine Anfragen und Hinweise.

**Zu TOP 11 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

**Zu TOP 12 Schließung der öffentlichen Sitzung**

Stellv. Vorsitzende Lamers schließt die öffentliche Sitzung.